



Schlechtes Timing? Nach dem verheerenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat das Bundesfinanzministerium seine Werbetafel „Mit Geld und Verstand“ verhüllt. Laut Ministerium war die Werbemaßnahme ausgelassen. © picture-alliance/dpa/Hannes P. Albert/Collage: Stephan Roters

Finanzhilfen auf dem Prüfstand

KLIMAFONDS Nach dem Verfassungsgerichtsurteil wird über Subventionen und Investitionen diskutiert

Und plötzlich fehlt das Geld. Der Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur, die Ansiedelung von Mikroelektronik-Firmen, die Stromeisbremse für energieintensive Betriebe – über den Projekten von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) schwebt die Geldfrage. Den Plan, umfangreiche Finanzhilfen für die Wirtschaft über den Klima- und Transformationsfonds (KTF) zu finanzieren, um damit Kredite jenseits der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse aufnehmen zu können, hat das Bundesverfassungsgericht gestoppt. „Die Projekte, die sich mit dem KTF verbinden, betreffen den wirtschaftlichen Kern Deutschlands“, erklärte Habeck diese Woche nach einem Treffen mit den Wirtschaftsministern der Länder. Da passte es zeitlich, dass der Bundestags-Finanzausschuss diese Woche den 29. Subventionsbericht der Bundesregierung debattierte. In den Jahren 2021 bis 2024 sollten demnach 25 neue Finanzhilfen für die Wirtschaft eingeführt werden, erklärte die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium, Katja Hessel (FDP). Allein für 2024 waren dafür 48,7 Milliarden Euro veranschlagt, zum Großteil KTF-Gelder. „Nach dem Verfassungsgerichtsurteil schauen wir uns ganz viele Subventionen nochmal an“, kündigte Hessel folglich an. Sie sagte aber auch: „Die bisher vorgesehenen Finanzhilfen für Unternehmen sind nicht willkürlich, sondern folgen subventionspolitischen Leitlinien.“

destag streiten die Fraktionen über diese Frage, auch Volkswirte sind uneinig. Schuldenbremse und Subventionen werden zur Gretchenfrage. SPD und Grüne wollen verhindern, dass die im KTF geplanten Projekte in sich zusammenfallen, wie bei der Sitzung des Finanzausschusses deutlich wurde. „Wir leben in Zeiten epochaler Veränderungen, deshalb ist es nachvollziehbar, dass die Subventionen steigen“, sagte der SPD-Abgeordnete Bernhard Daldrup.

schafft allein aus den laufenden Steuereinnahmen zu finanzieren, schließlich profitieren davon auch künftige Generationen“, argumentiert auf Anfrage Rüdiger Bachmann, Professor für Makroökonomik an der University of Notre Dame im US-Bundesstaat Indiana. Bachmann weiter: „Insofern wäre es ökonomisch folgerichtig, hier die Schuldenbremse zu hinterfragen.“

Im Sondervermögen des KTF bildet den größten Posten für die Ausgaben 2024 mit 18,9 Milliarden Euro die Förderung des Gebäudesektors. Der zweitgrößte Posten ergibt sich daraus, dass die Ampel-Koalition zum 1. Juli 2022 die Stromkunden bei der Umlage zur Förderung der erneuerbaren Energien entlastet hat (EEG-Umlage). Diese müssen nun nicht mehr die Verbraucher als Zuschlag auf ihre Stromrechnung bezahlen. Die Förderung erfolgt aus Bundes-

die Regierung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) über Kredite schließen wollte, was nun nicht mehr möglich ist. Lindner-Berater Feld sieht eine weitere Möglichkeit, Mittel für Investitionen in die Infrastruktur zu generieren: „In der Tat könnte man sich, ausgehend von der Bundesfernstraßengesellschaft und in Anlehnung an die österreichische Asfinag, vorstellen, dass der Bund sein Eigentum an der Netzinfrastruktur in einer privatrecht-

Ökonomie-Professor Bachmann. Zwar lehnt er nicht grundsätzlich ab, wenn der Staat in bestimmten Bereichen Investitionen fördert, etwa in der Forschung. Aus ökonomischer Sicht sei das beste Mittel für Klimaschutz aber die CO₂-Bepreisung. „Das setzt Anreize für die Wirtschaft und für Verbraucher, weniger Kohle, Öl und Erdgas zu verbrennen.“ Sicher, höhere CO₂-Preise bedeuten steigende Preise für Sprit, Gas und Heizöl. Aber hier ist aus Sicht von Ökonomen ein sozialer Ausgleich leicht möglich. „Sozialpolitisch lässt sich ein höherer CO₂-Preis durch ein Klimageld abfedern“, erklärt Bachmann.

»Es wäre ökonomisch folgerichtig, die Schuldenbremse zu hinterfragen.«

Rüdiger Bachmann, Makroökonom

»Zudem könnten private Beteiligungen vorgesehen werden.«

Lars Feld, Ordnungsökonom

Kritischer äußerte sich Antje Tillmann, Finanzpolitikerin der CDU/CSU-Fraktion. „Die bedeutendste neue Subvention ist für die Mikroelektronik, nicht für den Klimaschutz. Hier wird alles gefördert, was nicht rechtzeitig auf dem Baum ist“, bemängelte die Christdemokratin. Auch die AfD-Fraktion übte Kritik. „Die Subventionen hängen nur sehr vage mit der Transformation zusammen“, sagte deren Mitglied im Finanzausschuss, Albrecht Glaser.

»Begriffsverwirrung« Auch Monika Schnitzer, Vorsitzende der Wirtschaftsweisen und Professorin für Komparative Wirtschaftsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München, hat sich öffentlich positioniert wie Bachmann. Anders aber Schnitzers Kollegin im Sachverständigenrat Wirtschaft, Veronika Grimm. Sie verteidigt die Schuldenbremse, ebenso wie der persönliche Berater von Finanzminister Lindner, Lars Feld, Professor für Ordnungsökonomik an der Universität Freiburg. „In der Diskussion herrscht eine gewisse Begriffsverwirrung“, kritisiert Feld auf Anfrage. Mit „Investitionen in die Transformation“ seien umfangreiche Subventionen vor allem in alte Industrien gemeint, denen Teile der Politik den Übergang zur Klimaneutralität erleichtern wollten. „Das hat mit staatlichen Investitionen nichts zu tun“, sagt der Ökonom. Er wendet sich dagegen, „dass alte wirtschaftliche Strukturen erhalten bleiben und die Illusion genährt wird, dass Klimaschutz nichts kostet“. Für Investitionen in das Strom- oder Schienennetz seien „genügend Mittel im Rahmen der Schuldenbremse mobilisierbar“.

Das Problem: In den KTF sollen nur Einnahmen von 19,1 Milliarden Euro fließen. Diese ergeben sich vor allem aus dem deutschen Anteil am europäischen CO₂-Zertifikatehandel. Industrie und Energieerzeuger müssen in der EU Zertifikate erwerben, wenn sie das Klimagas emittieren. Auch auf nationaler Ebene fließt Geld in den KTF, nämlich die CO₂-Zuschläge auf Benzin, Erdgas oder Heizöl. Doch trotz der Einnahmen klafft eine gewaltige Lücke, die

neten Möglichkeiten verschulden. Zudem könnten private Beteiligungen an dieser Gesellschaft vorgesehen werden.“ Wenngleich sich unter Ökonomen in der Frage der Schuldenbremse Uneinigkeit zeigt, herrscht Übereinstimmung, was das beste Mittel auf dem Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft angeht. „Es wäre leichter, die Politik von Minister Habeck zu verteidigen, wenn er ein größerer Freund eines höheren CO₂-Preises in Verbindung mit einem Klimageld wäre“, sagt

Kommt das Klimageld? Im Koalitionsvertrag der Ampel steht ein solches Klimageld, das die Bürger für CO₂-Preisaufschläge beim Tanken und Heizen entschädigen soll. Allerdings waren die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung im KTF schon vor dem Karlsruher Urteil anders verplant. Ob das Klimageld 2025 kommt, wie Bundesfinanzminister Lindner in Aussicht gestellt hat? Erstmal muss er sich mit seinen Koalitionspartnern auf einen Haushalt 2024 einigen. Die Wirtschaftsminister von Bund und Ländern werden nicht nachgeben in ihrem Kampf für die Mittel des KTF zur Unterstützung der Wirtschaft. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) erklärte nach dem Treffen mit Habeck: „Zukunftsinvestitionen in Wirtschaft und damit Wohlstand müssen in Zeiten knapper Kassen Vorrang haben vor einer unkontrollierten Ausweitung der Sozialausgaben.“ *Stephan Balling*

Ausschuss debattiert Subventionen Die FDP steht – zumindest bisher – klar für die Einhaltung der Schuldenbremse. Soll heißen: Deutschland darf im kommenden Jahr maximal neue Schulden in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufnehmen. Diese Grenze zieht das Grundgesetz. Steuererhöhungen lehnt Finanzminister Christian Lindner (FDP) ebenso kategorisch ab. Blicke nur: Sparen. Sollen Subventionen wegfallen? Im Bun-

211,8 Milliarden Euro wollte die Ampel-Koalition in den Jahren 2024 bis 2027 über den Klima- und Transformationsfonds (KTF) in die Wirtschaft investieren. Nicht nur Politiker von SPD, Grünen, und Linkspartei sind bereit, dafür die Schuldenregel des Grundgesetzes zu schleifen. Obwohl ihr Parteichef Friedrich Merz das im Bundestag ausgeschlossen hat, hinterfragen auch CDU-Landespolitiker wie Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner die Schuldenbremse. Auch eine Reihe von Volkswirten plädiert für eine lockerere Haushaltspolitik. Jedoch ist die Wirtschaftswissenschaft in dieser Frage ebenso geteilter Meinung wie die Politik. „Es ergibt keinen Sinn, langfristige Investitionen für die Transformation der Wirt-

schafft allein aus den laufenden Steuereinnahmen zu finanzieren, schließlich profitieren davon auch künftige Generationen“, argumentiert auf Anfrage Rüdiger Bachmann, Professor für Makroökonomik an der University of Notre Dame im US-Bundesstaat Indiana. Bachmann weiter: „Insofern wäre es ökonomisch folgerichtig, hier die Schuldenbremse zu hinterfragen.“

Das Problem: In den KTF sollen nur Einnahmen von 19,1 Milliarden Euro fließen. Diese ergeben sich vor allem aus dem deutschen Anteil am europäischen CO₂-Zertifikatehandel. Industrie und Energieerzeuger müssen in der EU Zertifikate erwerben, wenn sie das Klimagas emittieren. Auch auf nationaler Ebene fließt Geld in den KTF, nämlich die CO₂-Zuschläge auf Benzin, Erdgas oder Heizöl. Doch trotz der Einnahmen klafft eine gewaltige Lücke, die

neten Möglichkeiten verschulden. Zudem könnten private Beteiligungen an dieser Gesellschaft vorgesehen werden.“ Wenngleich sich unter Ökonomen in der Frage der Schuldenbremse Uneinigkeit zeigt, herrscht Übereinstimmung, was das beste Mittel auf dem Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft angeht. „Es wäre leichter, die Politik von Minister Habeck zu verteidigen, wenn er ein größerer Freund eines höheren CO₂-Preises in Verbindung mit einem Klimageld wäre“, sagt

Kein Geld mehr für billigen Strom und günstiges Gas

PREISBREMSEN Wirtschaftsstabilisierungsfonds soll als Konsequenz des Karlsruher Urteils aufgelöst werden

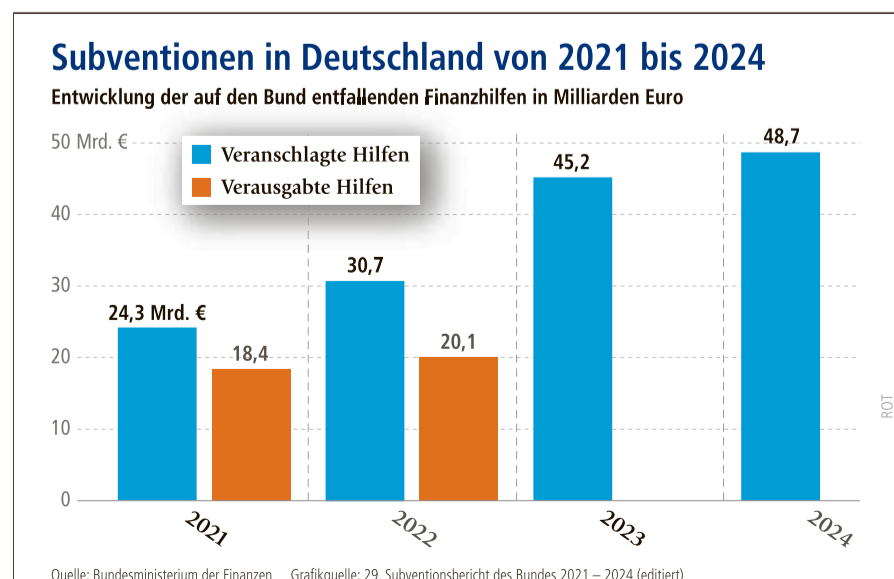
Die Strom- und Gaspreissenken sollen Ende des Jahres auslaufen – obwohl der Bundestag die Verlängerung der Kostendeckelungen erst vor wenigen Wochen bis März 2024 beschlossen hatte. Doch wie beim Klima- und Transformationsfonds (KTF) machte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe auch beim Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) der Bundesregierung einen Strich durch die Haushaltsrechnung: Für die Fortführung des Sondervermögens, 2020 ursprünglich zur Unterstützung der Wirtschaft in den Corona-Krisenjahren eingeführt (siehe Kasten) und im Oktober 2022 mit Kreditermächtigungen in Höhe von 200 Milliarden Euro ausgestattet, ist nach dem Urteil kein Geld mehr da; der Fonds soll nach Willen von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) aufgelöst werden.

höhere Energiekosten zu. Bis Ende des Jahres ist der Preis für 80 Prozent des Verbrauchs der Privathaushalte gedeckelt. Die Grenze liegt für Strom bei 40 Cent und für Gas bei zwölf Cent je Kilowattstunde. Scholz nannte als Grund für das drei Monate vorgezogene Ende, dass überall in Deutschland wieder Strom- und Gasstarfe verfügbar seien, die zwar noch deutlich höher lägen als vor der Energiekrise, aber meist unterhalb der Obergrenzen der Preisbremsen. Zudem seien die Gasspeicher in Deutschland so gut gefüllt, so Scholz, „dass wir nicht mit plötzlichen Preissprüngen rechnen müssen“. Sollten die Preise für Energie dennoch erneut unerwartet dramatisch steigen, fügte der Kanzler hinzu, sei man jederzeit in der Lage, kurzfristig zu handeln. Doch es könnte auch noch der 5,5-Milliarden-Zuschuss aus dem WSF zu den Netzentgelten wegfallen. Diese würden dann steigen. Das Netzentgelt ist der Preis, den Nutzer für den Transport des Stromes zahlen müssen. Damit die bereits geflossenen Milliardenzahlungen für die Strom- und Gaspreisbremse sowie jene aus dem ebenfalls im WSF enthaltenen Sondervermögen für den Wiederaufbau nach der Flutkatastrophe von 2021 verfassungsrechtlich abgesichert sind, soll eine Ausnahme von der Schuldenbremse erklärt werden. Um den Verpflichtungen des WSF

bis Ende des Jahres nachkommen zu können, sind im Nachtragshaushalt 2023 Kredite in Höhe von 43,2 Milliarden Euro vorgesehen.

Hilfe für Gasimporteure unklar Das Bundesfinanzministerium teilte mit, dass es sich bei den Krediten um eine Teilmenge der ursprünglichen 200 Milliarden Euro handelt, die für den WSF vorgesehen waren. „Das Gesamtvolumen der am Kapitalmarkt durch den Bund beschaffbaren Mittel in Höhe von 200 Milliarden Euro wird dadurch aber insgesamt nicht erhöht“, heißt es aus dem Fi-

nanzministerium. Nach dieser Woche ist weiterhin unklar, welche der vom Bund bereits zugesagten Zuschüsse nun noch fließen sollen. Das wären beim WSF Programme für die Finanzierung von Stützungsmaßnahmen für auf Grund der Energiekrise in Schwierigkeiten geratene Unternehmen. Insbesondere Unternehmen, die nicht in ausreichendem Ausmaß von der Strom- und Gaspreisbremse erfasst werden, wären betroffen. Unterstützt wurden bislang auch Gasimporteure, die laut Bundesregierung für die Marktstabilität relevant sind. *Elena Müller*



STICHWORT

Wirtschaftsstabilisierungsfonds

- > Reaktion auf die Pandemie** Der im März 2020 errichtete Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) war Teil des Schutzschildes gegen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie.
- > Temporäre Hilfe** 25 Unternehmen erhielten bis Juni 2022 Unterstützung mit einem Gesamtvolumen von rund 9,6 Milliarden Euro; unter anderem die Deutsche Lufthansa AG oder die Tui AG. Die Hilfen waren an Bedingungen geknüpft (keine Boni und Dividenden, Vergütungsbeschränkungen und Steuertransparenz) und mussten zuzüglich Zinsen zurückgezahlt werden.
- > Fokus auf Energiewirtschaft** Per Gesetz wurde der WSF im Oktober 2022 geändert und das Sondervermögen übertragen. Dadurch konnten neben Darlehen für Coronavirus-Sonderprogramme auch Darlehen zur Sicherung der Liquidität von Unternehmen der Energiewirtschaft gewährt werden.